



© PublicDomainPictures – Pixabay

Erdgas: Zukunftspfad oder Sackgasse?

Mit dem Ausstieg aus Atomkraft und dem Aus für die Kohle rücken nicht nur die erneuerbaren Energien in den Fokus, sondern auch Erdgas. Ob diese fossile Energiequelle eine Lösung für den Klimaschutz darstellt oder vielleicht doch nur eine Übergangstechnologie bleibt, ist unter Fachleuten umstritten. Denn die Frage nach der Umweltfreundlichkeit von Erdgas hängt auch davon ab, ob alle Emissionsquellen berücksichtigt werden.

Unabhängig davon investiert Deutschland massiv in den Ausbau der Infrastruktur. Erdgas soll in wenigen Jahren in noch größeren Mengen als bisher aus den USA, Russland und Norwegen nach Deutschland strömen – was nicht jeden freut. Man denke nur an die US-Sanktionen gegen die am Bau von Nord Stream 2 beteiligten Firmen oder die Proteste der Umweltschützer gegen die Terminals, die in Brunsbüttel, Stade und Wilhelmshaven für die Anlandung von flüssigem Gas aus den USA geplant sind.

Bis 2028 planen die Fernleitungsnetzbetreiber Investitionen in Höhe von 6,9 Milliarden Euro für den Ausbau der deutschen Gasinfrastruktur. Dabei gibt es erstzunehmende Stimmen, die mittel- bis langfristig einen Rückgang des Gasbedarfs in Gebäuden, Industrie und Stromerzeugung prognostizieren. Doch eine funktionierende Gasinfrastruktur in Deutschland hat auch unbestrittene Vorteile. Denn das Leitungsnetz lässt sich nach entsprechender Umrüstung auch für den Transport von Wasserstoff nutzen. Und Wasserstoff wiederum lässt sich aus Erdgas herstellen. Das Produktionsverfahren entscheidet darüber, wie nachhaltig dieser Weg ist, der aktuell immer mehr Fans gewinnt.

Liebe Leserinnen und Leser,
mit dem Politikmonitor Nachhaltigkeit berichten wir seit 2015 regelmäßig zu Themen, Veranstaltungen und regulatorischen Entwicklungen aus Brüssel und Berlin. Denn politische Diskussionen und Rahmenbedingungen bestimmen immer stärker, wie eine nachhaltige Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft ausgestaltet wird. Mit unserem Politikmonitor wollen wir Einblicke geben, Überblick schaffen und Ausblicke versuchen.

Ihr **akzente**-Team



THEMA

Erdgas und die deutsche Energiepolitik

Nach dem Ausstieg aus der Atomkraft und dem Aus für die Kohle nun das Ende für Erdgas? Gerne hätte man es in der Europäischen Union (EU) gesehen. Allein, Deutschland macht nicht mit. Worum geht es in der deutschen Erdgasposition?

AUSSTIEG OHNE REUE? Der Ausstieg aus Energiequellen, die ehemals als verlässlich galten, bewegt seit geraumer Zeit die Gemüter in Wirtschaft und Politik – vor allem in Deutschland. Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima im März 2011 waren es die Deutschen, die den Ausstieg aus der Kernenergie politisch auf den Weg gebracht haben. Zu unsicher erschien die Technologie, zu zerstörerisch die Folgen eines Unfalls, um noch guten Gewissens an der Kernenergie festzuhalten, ganz zu schweigen von der nach wie vor ungelösten Frage, wohin mit dem strahlenden Abfall. Schließlich kommt noch hinzu, dass sich die Kernkraft wirtschaftlich nie gerechnet hat. Die einleuchtende Logik des Ausstiegs fand aber keine Nachahmer in anderen Ländern, die Atomkraftwerke nutzen.

Mit dem Kohlebeschluss Anfang des Jahres kam es dann wieder zu einem deutschen Alleingang: der Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2038. So ist es nicht überraschend, dass einige Politiker Zweifel daran äußern, ob ein Industrieland wie Deutschland wirklich gleichzeitig aus zwei wichtigen Energiequellen aussteigen kann, die maßgeblich zum wirtschaftlichen Wohlstand in diesem Land beigetragen haben. Allerdings: „Maßgeblich beigetragen“ hat die Verbrennung von Braun- und Steinkohle auch zum Klimawandel. Und die Bundesregierung erkennt zunehmend, worauf sie sich mit dem Pariser Klimaabkommen von 2015 eingelassen hat: Dass sich nämlich die Stromerzeugung aus Kohle und die Selbstverpflichtungen beim Klimaschutz gegenseitig ausschließen.

Einen weiteren Ausstieg vollzieht Deutschland nun gemeinsam mit der EU. Oder vielleicht nicht? Mitte Oktober 2019 wollte der Verwaltungsrat der Europäischen Investitionsbank (EIB) – die größte multilaterale Finanzinstitution der Welt – beschließen, ganz aus der Förderung fossiler Energien auszusteigen. Dann bemerkte die Bundesregierung, dass damit auch Erdgasprojekte gemeint sind und trat auf die Bremse. Denn immerhin sind derzeit mehrere große Pipeline-Projekte in Bau, die russisches Erdgas über die Ostsee und über die Türkei nach Deutschland bringen sollen.



DEUTSCHLAND GEGEN EUROPA Man fragt sich, wo die Vertreter Deutschlands waren, bevor die neue „Energy Lending Policy“ der EIB als fertig abgestimmte Beschlussvorlage auf die entscheidende Verwaltungsratssitzung der EIB kam. Immerhin gab es eine erste Vorlage der Policy im Januar 2019, eine öffentliche Anhörung im Februar und eine ausformulierte „Draft Policy“ im Juli 2019. In jedem Fall musste nun nachverhandelt werden, denn Deutschland drohte auszusteigen. Und es wurde kompliziert. Das Thema wurde auf Mitte November verschoben und konnte erst nach größeren Anpassungen beschlossen werden. Deutschland hatte unter anderem durchgesetzt, dass der Ausstieg der EIB (und damit der EU) aus der Förderung fossiler Energiequellen ein Jahr später erfolgen soll – Zeit genug, so hofft man wohl, um die trotz der US-Sanktionen verzögerte Fertigstellung der Pipeline Nord Stream 2 noch rechtzeitig abzuschließen.



Die neuen Energieförderrichtlinien der EIB sind auch vor dem Hintergrund der Sustainable-Finance-Strategie der EU zu sehen. Und in diesem Zusammenhang hatte Deutschland ein weiteres Mal interveniert – und einen kleinen deutsch-französischen Zwist provoziert: Denn die EIB wollte zwar die Erdgasförderung aus Gründen der Nachhaltigkeit beenden, die Kernenergie aber – ganz im Interesse Frankreichs – als nachhaltige Energiequelle beibehalten. Klimaschutz und Nachhaltigkeit können miteinander kompliziert sein – und unterschiedlich interpretiert werden.

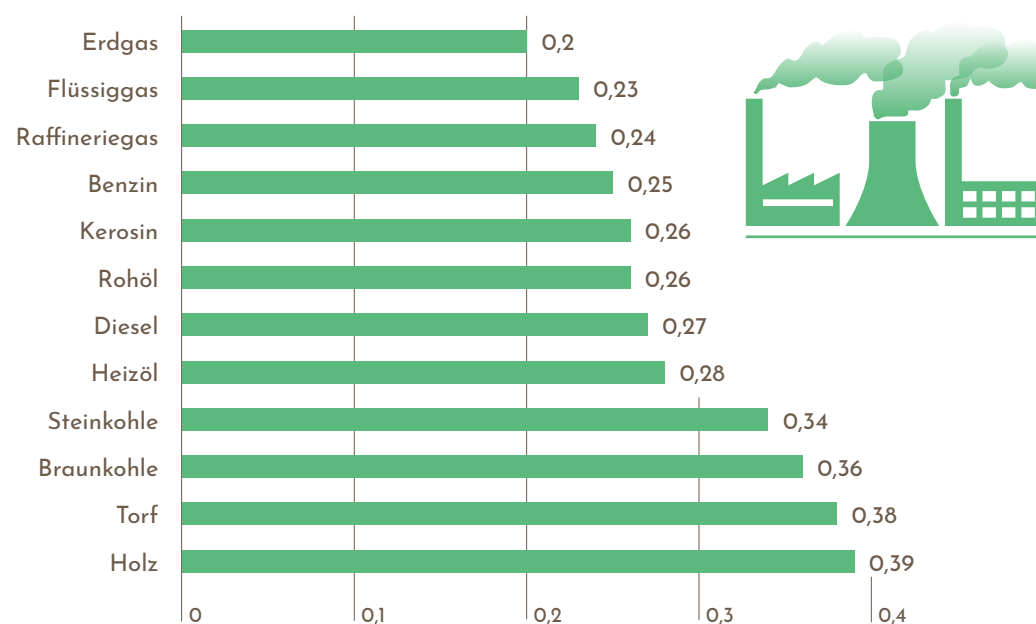
WIE KLIMAFREUNDLICH IST ERDGAS? Tatsächlich gilt Erdgas als die klimafreundlichste fossile Energiequelle. Experten sind sich darin einig, dass Erdgas bei seiner Verbrennung zur Energieerzeugung nur etwa halb so viel CO₂ ausstößt wie Steinkohle und bis zu zwei Drittel weniger als Braunkohle – abhängig von verschiedenen Faktoren wie etwa dem Wirkungsgrad des Kraftwerks.

Wie schwierig eine genaue Berechnung der CO₂-Bilanz verschiedener Energieträger ist und wie viele Einflussfaktoren dabei beachtet werden müssen, hatte schon 2007 eine Untersuchung des Wissenschaftlichen Diensts des Deutschen Bundestags ergeben: „Während einfache Gasturbinenkraftwerke für den Spitzenlastbereich teilweise nicht wesentlich klimafreundlicher als Kohlekraftwerke sind, reichen kleine, moderne Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung (Blockheizkraftwerke) bis an die Spitzengruppe der Erneuerbaren und der Kernenergie heran.“

Andererseits weisen Kritiker immer wieder darauf hin, dass es nicht allein auf die CO₂-Bilanz bei der Verbrennung ankommt. Auch die Emissionen bei der Förderung am Ursprungsort und dem Transport durch Pipelines spielen eine große Rolle, vor allem wenn es um Fracking-Gas aus den USA und Pipeline-Gas aus Sibirien geht. Erdgas ist eine Methanverbindung (CH₄), und so gerät bei Förderung und Transport oft Methan in die Atmosphäre – ein vielfach stärker wirkendes Treibhausgas als CO₂. Das Problem der Methanlecks könnte gar bedeuten, dass Erdgas in der Gesamtbilanz schädlicher dasteht als die Verbrennung von Steinkohle, wie die [Erdgasstudie](#) der Energy Watch Group (EWG) vom September 2019 nahelegt.

Bei all dem gerät der Beitrag, den Erdgas schon heute zur Energiewende in Deutschland leistet, fast aus dem Blickfeld. Noch nie wurde so viel Strom aus Erdgas erzeugt wie im Jahr 2019. Erstmals hat Erdgas den Anteil der Steinkohle überholt und liegt nun bei 10,3 Prozent der deutschen Stromerzeugung. Erdgas profitierte davon, dass sich Deutschland zwar ehrgeizige Klimaschutzziele gesetzt hat, der Ausbau der Erneuerbaren aber nicht vorankommt.

SPEZIFISCHE CO₂-EMISSIONEN VERSCHIEDENER BRENNSTOFFE (IN CO₂/KWH)



Quelle: volker-quaschnig.de

DIALOGPROZESS GAS 2030 Tatsächlich scheinen die in der Industrie und der Fachwelt nicht unbekanntem Methanlecks in die politischen Bewertungen der Umweltfreundlichkeit von Erdgas nicht einbezogen worden zu sein. Jedenfalls kommen sie in der Dokumentation zum „Dialogprozess Gas 2030“ der Bundesregierung nur am Rande vor. So heißt es in der „[Ersten Bilanz](#)“ des Dialogprozesses vom Oktober 2019, komprimiertes Erdgas (Compressed Natural Gas, CNG) und verflüssigtes Erdgas (Liquefied Natural Gas, LNG) könnten „gegenüber Benzin und Diesel eine deutlich bessere CO₂-Bilanz aufweisen, sofern die Produktion umweltgerecht und ohne Methanschlupf erfolgt“. Genau dieser „Methanschlupf“ ist aber das Problem, und dies umso mehr, wenn es um den flächendeckenden Einsatz in Industrie und Haushalten und bei der Stromerzeugung geht.



Überhaupt ging der Dialogprozess Gas 2030, der vielleicht ebenso stark über die Zukunft der Energieversorgung in Deutschland entscheidet wie der Ausstieg aus Atom und Kohle, vergleichsweise geräuschlos vonstatten. Durchgeführt vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und der Deutschen Energieagentur (dena) brachte er zwischen Dezember 2018 und Oktober 2019 die wesentlichen Stakeholder zusammen, um die Einsatz- und Verarbeitungsmöglichkeiten von Erdgas zu diskutieren. Stellvertretend für die Bundesregierung bekennt sich das Ministerium darin zu den Ausstiegsbeschlüssen für Atom und Kohle, betont aber auch, dass dabei „bewusst darauf verzichtet“ worden sei, „eine Entscheidung darüber zu treffen, welche fossilen Energieträger zukünftig welchen Beitrag zur Energieversorgung leisten sollten“. Dem Erdgas soll nun eine maßgebliche Rolle zukommen, wie klar herauszulesen ist. Denn die wiederholten Verweise auf „enorme Risiken für den Industriestandort Deutschland“ und „die Sicherheit der Energieversorgung insgesamt“ sind deutlich genug.

VOM ERDGAS ZUM WASSERSTOFF Wie aber das Erdgas wirklich umweltfreundlich machen? Unter Ausparung der „Methanschlupfe“ werden in der Dokumentation zum Dialogprozess Gas 2030 durchaus beachtenswerte Möglichkeiten präsentiert. Im Zentrum steht dabei die Möglichkeit, aus Erdgas Wasserstoff herzustellen. In Folge des Dialogprozesses hat das BMWi mit anderen Ressorts Arbeiten an einer [nationalen Wasserstoffstrategie](#) aufgenommen. Am 29. Januar 2020 wurde der Entwurf bekannt. In ihm soll der sogenannte CO₂-freie Wasserstoff eine „zentrale Rolle“ bei der Energiewende spielen.

Das Problem: Die Herstellung von Wasserstoff mittels der etablierten Techniken ist CO₂-intensiv und konterkariert eigentlich die deutschen Klimaziele. So wird die „Dampfreformierung“ zur Erzeugung von „grauem Wasserstoff“ aus Erdgas durchaus schon praktiziert (siehe Kasten „Wasserstoff-Farbenlehre“). Der dena-Bericht zum Dialogprozess Gas konstatiert: „CO₂-neutraler Wasserstoff (blauer Wasserstoff) ist bislang in Deutschland nicht verfügbar.“ De facto wird nirgendwo in Deutschland bisher CO₂-neutraler Wasserstoff aus Erdgas hergestellt – jedenfalls nicht in nennenswerten Mengen. Ein Grund dafür ist, dass sich in Deutschland die CCS-Technologie (Carbon Capture and Storage), bei der das abgespaltene CO₂ unterirdisch eingelagert werden muss, politisch und technisch noch nicht etablieren können. Deutschlands größter Förderer und Importeur von Erdgas, die im Mai 2019 fusionierte Wintershall Dea GmbH, ist an CCS-Pilotprojekten in den Niederlanden beteiligt. Im Oktober 2019 startete das Unternehmen eine [Kooperation mit dem Karls-](#)

[ruher Institut für Technologie \(KIT\)](#), um künftig in der Lage zu sein, CO₂-neutralen „türkisen Wasserstoff“ herzustellen.

Davon, die „Nummer 1 in der Welt“ bei Wasserstofftechnologien zu werden, wie Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier schon im Oktober 2019 verkündete, ist Deutschland noch weit entfernt. Das Ziel muss deswegen aber nicht falsch sein. Die nun seit Ende Januar in den Medien kursierende, noch nicht offiziell verabschiedete nationale Wasserstoffstrategie enthält 31 Maßnahmen, mit denen Deutschland seine Wasserstoffziele erreichen will. Dabei unterscheidet das Ministerium offenbar bisher nicht zwischen „grünem“ und „blauem“ Wasserstoff, sondern spricht von CO₂-neutraler Wasserstoff unter klarem Einschluss von blauem Wasserstoff. So müsste die unterirdische Speicherung des CO₂ auf absehbare Zeit außerhalb Deutschlands stattfinden, etwa in Norwegen oder Russland. Die derzeitigen Investitionen in die Erdgasinfrastruktur scheinen somit auch unter langfristigen Gesichtspunkten sinnvoll – denn die Leitungen können auch für den Transport von Wasserstoff genutzt werden.

WASSERSTOFF-FARBENLEHRE

Wasserstoff lässt sich auf unterschiedliche Weise herstellen. Für die Beschreibung der Verfahren greifen die Experten gerne auf Farben zurück:

Grauer Wasserstoff: Mit der „Dampfreformierung“ wird Erdgas (CH₄) unter Hitzeeinwirkung in Wasserstoff (H₂) und Kohlendioxid (CO₂) aufgespalten. Das CO₂ gelangt ungenutzt in die Atmosphäre – pro Tonne H₂ sind das rund zehn Tonnen CO₂.

Blauer Wasserstoff: Eigentlich grauer Wasserstoff, dessen CO₂ bei der Entstehung jedoch abgeschieden und

gespeichert wird (Carbon Capture and Storage, CCS). So gelangt das CO₂ nicht in die Atmosphäre, die Wasserstoffproduktion kann als CO₂-neutral gelten.

Grüner Wasserstoff: Hergestellt durch Elektrolyse von Wasser, wobei ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energien zum Einsatz kommen darf. Ist dies gewährleistet, ist die Produktion von Wasserstoff CO₂-frei.

Türkiser Wasserstoff: Hergestellt über die thermische Spaltung von Methan (Methanpyrolyse). Neben Wasserstoff entsteht fester, pulverförmiger Kohlenstoff. CO₂-frei wird das Verfahren, wenn die Wärmeversorgung des Hochtemperaturreaktors aus erneuerbaren Energiequellen gespeist wird.



INTERVIEW

„Perspektivisch müssen alle Energieträger und Rohstoffe erneuerbar erzeugt werden“

Erdgas wird zu einem tragenden Eckpfeiler der künftigen Energieversorgung in Deutschland. Um die Klimaziele zu erreichen, bedarf es aber CO₂-freier Energieträger. Über die künftige Rolle und die Möglichkeiten von Gas sprachen wir mit Christoph Jugel, Leiter Integrierte Energiesysteme der Deutschen Energie-Agentur (dena) in Berlin.

Herr Jugel, der „Dialogprozess Gas 2030“ des BMWi wurde rund einen Monat vor dem Beschluss der Europäischen Investitionsbank (EIB) abgeschlossen, künftig keine fossilen Energieträger mehr zu finanzieren. Inwiefern hat die neue „Energy Lending Policy“ der EIB Auswirkungen auf die Erdgasstrategie der Bundesregierung?

Die Ankündigung der EIB wird von der Gasbranche mit großem Interesse verfolgt, immerhin ist die EIB einer der weltweit größten multilateralen Kapitalgeber für Klimaschutzmaßnahmen. Mit der im November veröffentlichten „Energy Lending Policy“ verdeutlicht die EIB, dass sie das langfristige EU-Ziel einer klimaneutralen Wirtschaft unterstützt, etwa durch die Förderung notwendiger Infrastrukturen sowie durch die Unterstützung des Markthochlaufs von Energiewende-Technologien. Hierunter versteht die EIB explizit sowohl den wei-

teren Aufbau der Erzeugungskapazitäten für erneuerbaren Strom als auch die Erzeugung und Integration von „low-carbon gases and fuels“.

Die EIB betont dabei explizit, wie wichtig der Wechsel von fossilen zu erneuerbaren Energieträgern ist und stellt die Unterstützung des Gassektors bei der Umstellung von Erdgas zu „low-carbon gases“ wie Biogas und Powerfuels – insbesondere synthetischem Methan und Wasserstoff – in den Fokus. Kritisch wird gesehen, dass gleichzeitig ein Auslaufen der Finanzierung „traditioneller Gasinfrastrukturen“ wie Netzwerke und Speicher angekündigt wird – dabei werden diese Infrastrukturen auch für erneuerbar erzeugte, klimaneutrale Gase weiterhin benötigt! Zwar sind auf der kürzlich von der EU-Kommission benannten Projektvorhabenliste „Important Projects of Common European Interest“ (PCI) auch weiterhin europäische Gas-Infrastrukturprojekte zu finden, allerdings wird hier kein Bezug auf die notwendige Transformation von fossilen Gasen hin zu CO₂-freien Energieträgern wie grünem Wasserstoff genommen. Hier sollte sich die Bundesregierung nach Sicht der Branche aktiv in die Debatte über die Taxonomie und die damit verbundene Frage „was ist grün und was nicht?“ einbringen.

Was waren die wesentlichen Erkenntnisse aus dem „Dialogprozess Gas 2030“ des BMWi? Anders gefragt: Was ist danach anders als vorher?

Ein wesentlicher Aspekt beim Dialogprozess „Gas 2030“ war, dass die Politik ein deutliches Signal an die Marktakteure gesendet hat: Wir sind uns einig, dass unser zukünftiges Energiesystem nicht nur auf grünen Elektronen – Strom aus erneuerbaren Energiequellen – basiert, sondern dass wir auch weiterhin Moleküle in



© dena

Form von gasförmigen und flüssigen Energieträgern und Rohstoffen brauchen werden. Das war für die Gasbranche sehr wichtig, weil dort durch die starke Fokussierung auf EE-Strom während der ersten Phase der Energiewende eine gewisse Verunsicherung herrschte. Diese stofflichen Energieträger müssen zukünftig natürlich klimaneutral erzeugt werden, und es ist gut, dass der Transformationsprozess von der heute fossilen Gasversorgung hin zu einer erneuerbaren, CO₂-freien Gasversorgung 2050 jetzt angegangen wird. Ein weiteres wichtiges Signal hat „Gas 2030“ auch insofern gegeben, dass die Politik die Stakeholder an einem solchen Dialog intensiv beteiligt hat. Gerade das Einbeziehen unterschiedlicher Blickwinkel wurde von den Teilnehmern als sehr wertvoll wahrgenommen.



Wichtig ist nun, dass der Prozess in spezifischen Themengebieten – beispielsweise bei der Weiterentwicklung der Infrastrukturen sowie zum Hochlauf der Erzeugung erneuerbarer, CO₂-neutraler Gase – fortgesetzt und mit konkreten Maßnahmen und Instrumenten hinterlegt wird. Die Verabschiedung und anschließende Umsetzung der Nationalen Wasserstoffstrategie wird ein wichtiger Schritt sein, aber nicht der einzige.

Neben Erdgas war auch Wasserstoff ein wesentliches Thema des Dialogprozesses. Wird es im Rahmen der angekündigten Nationalen Wasserstoffstrategie auch um Technologien gehen, aus Erdgas Wasserstoff zu erzeugen? Welche Chancen und Risiken gehen mit solchen Technologien einher?

Die Nationale Wasserstoffstrategie wird nach derzeitiger Kenntnis Wasserstoff im Allgemeinen behandeln, unabhängig von der Quelle. Aus energie- und industriepolitischer Sicht sind bei der Frage nach der passenden Erzeugungstechnologie für CO₂-neutralen Wasserstoff sowohl die Dimension der zu bestimmten Zeiten benötigten Wasserstoffmengen als auch die damit verbundenen Erzeugungskosten zu berücksichtigen. Und für beide Dimensionen ist das „Rennen“ zwischen grünem Wasserstoff (aus erneuerbarem Strom per Elektrolyse) und blauem Wasserstoff (aus fossilem Erdgas unter Abscheidung und Speicherung des Kohlenstoffs) noch lange nicht entschieden!

Klar ist meiner Meinung nach: Perspektivisch müssen alle Energieträger und Rohstoffe erneuerbar erzeugt werden. Klar ist aber auch: Auf dem europäischen Energiemarkt wird zukünftig auch blauer Wasserstoff angeboten werden. Wir müssen also den regulatorischen Rahmen so gestalten, dass wir alle



„Wasserstoff-Farben“ zulassen und einen Wettbewerb verschiedener klimaneutraler Technologien ermöglichen, uns gleichzeitig aber auch in Richtung der langfristig nachhaltigsten Option entwickeln. Und wir sollten auch die großen industriepolitischen Chancen nutzen, die sich für die deutsche Wirtschaft aus einem raschen Hochlauf von „Power to Gas“-Technologien zur Erzeugung von grünem Wasserstoff im Heimatmarkt ergeben!

Kurz berichtet

Weltwirtschaftsrisiko Klimawandel

Der Mitte Januar erschienene [Global Risks Report 2020](#) des Weltwirtschaftsforums benannte erstmals in seiner Geschichte als die fünf wahrscheinlichsten wirtschaftlichen Risiken der nächsten zehn Jahre ausschließlich Risiken, die aus dem Klimawandel resultieren. Als Risiko mit der größten Auswirkung wird das Scheitern der Klimaschutzmaßnahmen genannt. Pandemien, wie wir sie aktuell mit dem Corona-Virus erleben, kamen hier zuletzt im Jahr 2008 unter die Top 5.

Europäisches Klimagesetz

Im Rahmen ihres [Green Deal](#) hat die Europäische Kommission am 4. März das erste [Klimagesetz](#) der EU vorgelegt. Demnach soll die EU ab 2050 klimaneutral sein. Ein neues Klimaziel bis 2030 ist noch nicht festgeschrieben. Dazu will die EU erst eine Folgenabschätzung vornehmen. Der Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, Ottmar Edenhofer, nannte das Klimagesetz einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung, allerdings genüge es nicht, die richtigen Ziele zu setzen: „Wir brauchen klar definierte Wege und kurzfristige Einstiegspunkte, um die Ziele tatsächlich zu erreichen“, so Edenhofer.

Beschluss zum Kohleausstieg

Nach monatelangen Verhandlungen hat die Bundesregierung Ende Januar den deutschen Kohleausstieg beschlossen. Bis 2038 soll die Stromgewinnung aus Braun- und Steinkohle enden. Vor einem Jahr hatte die Kohlekommission dafür ein Konzept vorgelegt. Die

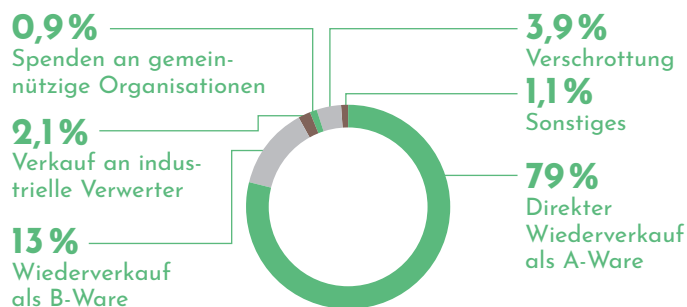


Braunkohlebetreiber sollen 4,35 Milliarden Euro Entschädigung erhalten, zudem fließen 40 Milliarden Euro Strukturhilfen in die Kohleregionen. Der etwa 200 Seiten umfassende [Gesetzesentwurf](#) muss nun im Bundestag diskutiert werden.

Gesetz gegen Retouren-Vernichtung

Um die Vernichtung von Rücksendungen und Neuwaren durch den Handel einzudämmen, hat die Bundesregierung Mitte Februar die [Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes](#) auf den Weg gebracht. Eine sogenannte Obhutspflicht nimmt die Händler künftig für ihre verkauften Artikel in die Verantwortung. So müssen sie dafür sorgen, dass ihre Produkte im Falle einer Rücksendung nicht zu Abfall, sondern gespendet oder als B-Ware weiterverkauft werden. Zudem sollen Hersteller und Vertrieber von Einwegprodukten wie „To-go-Bechern“ künftig an den Reinigungskosten von Parks und Straßen

UMGANG MIT ZURÜCKGESANDTEN WAREN



Knapp 4 Prozent der zurückgesandten Waren werden vernichtet. Angesichts von etwa 280 Mio. Paketen deutschlandweit sind das gut 11 Mio. Online-Retouren, die im Müll landen.

Quelle: Retourentacho 2018/2019, Universität Bamberg

beteiligt werden. Die EU hat am 11. März einen neuen Aktionsplan zur Kreislaufwirtschaft vorgestellt, der ein Recht auf Reparatur vorsieht.

Umweltpolitische Digitalagenda

Das Bundesumweltministerium will Digitalisierung und Umweltschutz verbinden und hat dafür eine Strategie entworfen. Die sogenannte [Umweltpolitische Digitalagenda](#) umfasst mehr als 70 Maßnahmen, von denen einige schon auf den Weg gebracht wurden. Ziel ist es, die Digitalisierung in umweltverträgliche Bahnen zu lenken, aber auch ihre Chancen für den Klimaschutz zu nutzen. Die Digitalagenda ist die erste Strategie in Europa, die Digitalisierung und Umweltschutz konsequent miteinander verbindet.

Digitalisierung für die Energiewende

Im Rahmen der [Blockchain-Strategie](#) der Bundesregierung arbeitet die Deutsche Energie-Agentur (dena) an Pilotprojekten. So hat sie ein [Future Energy Lab](#) aufgesetzt, um innovative digitale Technologien für den Einsatz im Energiesektor zu erproben. „Digitale Technologien wie Blockchain oder künstliche Intelligenz spielen eine wichtige Rolle, damit das Energiesystem in Zukunft mit einem hohen Anteil dezentraler erneuerbarer Energie reibungslos funktioniert“, sagt dena-Chef Andreas Kuhlmann.

Fachkräfte für Deutschland

Seit Anfang März schafft ein neues Fachkräfteeinwanderungsgesetz den Rahmen für eine bedarfsgerechte Zuwanderung von Fachkräften aus Ländern außerhalb

der EU. Es gelten nun nicht mehr nur Menschen mit einem abgeschlossenen Studium als Fachkräfte, sondern auch jene mit einer abgeschlossenen Ausbildung. Für eine befristete Zeit können Fachkräfte auch ohne feste Jobzusage nach Deutschland kommen, um hier eine Stelle zu suchen – vorausgesetzt, ihr Lebensunterhalt ist gesichert und sie besitzen Deutschkenntnisse.

Vorschriften für Konfliktrohstoffe

Für die Einfuhr von Metallen wie Zinn, Wolfram, Tantal und Gold aus Konfliktgebieten gelten künftig strengere Vorschriften. Der Bundestag hat am 5. März die Umsetzung einer entsprechenden EU-Richtlinie beschlossen. Die betroffenen Unternehmen müssen demnach ihre Lieferketten offenlegen und ein Risikomanagementsystem einführen. So soll unter anderem verhindert werden, dass durch die Erlöse bewaffnete Auseinandersetzungen finanziert werden.

Wirtschaft und Menschenrechte

Am 2. März startete die zweite Monitoringrunde zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP). Die erste Erhebung im vergangenen Jahr weist keine zufriedenstellenden Ergebnisse auf: Laut [Zwischenbericht](#) können nur 19 Prozent der befragten Unternehmen als „Erfüller“ der Anforderungen des NAP gelten. Auf europäischer Ebene sieht es nicht besser aus: Die von der EU am 24. Februar veröffentlichte [Studie](#) zeigt, dass nur jedes dritte europäische Unternehmen seinen Sorgfaltspflichten nachkommt. Die Studie untersucht Optionen für die Regulierung der Sorgfaltspflicht in den Lieferketten wie auch in eigenen Betrieben und nimmt neben den Auswirkungen auf die



Menschenrechte auch jene auf die Umwelt, insbesondere den Klimawandel, in den Blick.

Strategie zur Bioökonomie

Eine nachhaltige, kreislauforientierte und innovationsstarke Wirtschaft: Das ist das Ziel der [Nationalen Bioökonomiestrategie](#), die von der Bundesregierung Mitte Januar beschlossen wurde. Die Bioökonomie nutzt biologische Ressourcen und basiert auf dem Wissen über biologische Zusammenhänge. Die künftige Forschungsförderung soll dieses Wissen erweitern, um biologische Verfahren und Systeme zu entwickeln und zu nutzen.

Bericht des Sustainable Finance-Beirats

Der im vergangenen Jahr zur Umsetzung des EU-Aktionsplans zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums (Sustainable Finance) eingerichtete [Beirat](#) der Bundesregierung hat am 5. März einen [Zwischenbericht](#) vorgelegt. Er mahnt darin einen auf zügige Umsetzung zielenden politischen Gestaltungswillen und verbindliche Rahmenbedingungen an. Zu den Empfehlungen des Beirats zählen unter anderem die Erweiterung der Unternehmensberichterstattung um zukunftsgerichtete Nachhaltigkeitsinformationen, die Zusammenführung von Finanz- und Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Umsetzung der [Empfehlungen](#) der Task Force on Climate-Related Disclosures (TCFD).

Empfehlungen zum Tierwohl

Eine von Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner eingesetzte Expertenkommission unter Leitung des früheren Bundesagrarsministers Jochen Borchert plädiert für mehr

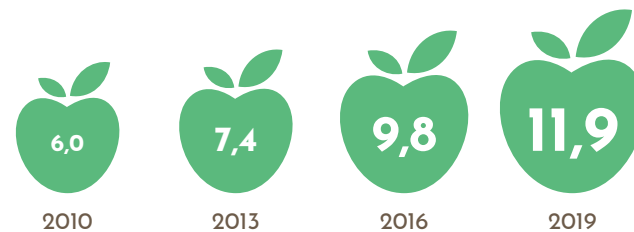
Tier- und Umweltschutz und eine zweckgebundene Verbrauchssteuer auf Fleisch- und Milchprodukte. Die sogenannte Borchert-Kommission hat im Februar ihre [Empfehlungen](#) vorgelegt. Sie meint, ein Umbau der Tierhaltung sei unumgänglich. Mit dem durch die Steuer eingenommenen Geld sollen Landwirte ihre Ställe um- oder neu bauen. Die Empfehlungen wurden in Politik und Verbänden positiv aufgenommen.

Boom im Biosektor

Die Nachfrage nach Bio ist weiter gestiegen: 2019 investierten die Deutschen knapp zehn Prozent mehr und damit insgesamt 11,97 Milliarden Euro in Bio-Lebensmittel und -Getränke. Durchschnittlich fünf Bauern pro Tag stellten 2019 ihren Betrieb auf ökologische Landwirtschaft um. Auch europaweit wächst der Biosektor weiter.

DER APPETIT AUF BIO WIRD IMMER GRÖßER

Umsatz mit Biolebensmitteln in Deutschland in Milliarden Euro



Quelle: Bund Ökologische Lebensmittel/iwd

Kompetenzzentrum Elektromagnetische Felder

Ob neue Sendeanlagen in der Nachbarschaft oder Hochspannungsleitungen: Künftig können sich Bürger zu den Auswirkungen beim neugegründeten [Kompetenz-](#)

[zentrum Elektromagnetische Felder](#) informieren. Das vom Bundesamt für Strahlenschutz eingerichtete Zentrum will zu mehr Akzeptanz der Energiewende beitragen und eine nachhaltige Digitalisierung stärken. Eine Umfrage aus dem vergangenen Jahr hatte gezeigt, dass es in der Bevölkerung großen Bedarf an Informationen zum Thema Strahlenschutz gibt.

TERMINE

19.3.2019, Berlin: UPJ-Jahrestagung

6. - 8.5.2019, Berlin: re:publica

9. - 10.6.2019, Berlin: Woche der Umwelt

IMPRESSUM

akzente kommunikation und beratung GmbH (Hrsg.),
Sabine Braun (ViSdP), Corneliusstraße 10, D-80469
München

akzente berät Unternehmen, Marken und Organisationen seit über 25 Jahren zu Nachhaltigkeit und Verantwortung – in Strategie, Management, Reporting und Kommunikation. Gemeinsam mit unseren Kunden arbeiten wir an Lösungen zur Zukunftsfähigkeit, Transparenz und Glaubwürdigkeit ihrer Unternehmen.

www.akzente.de